

Beschluss

der Landesvorstände

Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen am 11.06.2014



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

Energiepolitik braucht neuen gesellschaftlichen Konsens

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigungen der CDU-Landesverbände Nordrhein-Westfalen sowie Niedersachsen sehen falsche Entwicklungen bei der Umsetzung der Energiewende und fordern einen neuen gesellschaftlichen Konsens

Mit dem Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie und der Ankündigung einer grundsätzlichen Energiewende im Jahr 2011 - in Folge der Tsunamikatastrophe in Japan - entschied sich die Politik zu einem nationalen Großprojekt: die Energiewende.

Grundlage war die Arbeit der „Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung“ unter Vorsitz von Klaus Töpfer, in der Kirchenvertreter, Klima- und Umweltexperten, Philosophen, Gewerkschaften, Ethiker, Verbrauchervertreter, Versorger und weitere Vertreter gesellschaftlicher Gruppen z.B. aus Politik und Forschung, vertreten waren.

Die damals durch das Atomunglück in Fukushima geprägte Stimmung war Auslöser für den Atomausstieg in Deutschland. Für diesen Politikwechsel gab es einen breiten Konsens in der Ethikkommission wie in der Gesellschaft.

Aus diesem Konsens im Ausstieg ist seitdem jedoch ein Dissens in vielen konkreten Fragen der künftigen Energieversorgung geworden.

Der EEG-Umlage-Mechanismus und seine planwirtschaftlichen Elemente führen zu Verteilungskämpfen zwischen Branchen und Interessengruppen. Nach einem über zehnjährigen Anstieg der Kosten durch die EEG-Umlage sind die Grenzen der Belastbarkeit erreicht. Diese Belastung privater wie industrieller Verbraucher führt zu Akzeptanzverlusten. Umweltverbände, damals glühende Verfechter des Atomausstiegs,

protestieren heute vor Ort gegen Stromtrassen und Speicherprojekte. Das jeweilige Lieblingsprojekt oder die präferierte Technologie wird als einzige Lösung aus dem Dilemma propagiert. Eine Integration unserer Energiepolitik in den europäischen Binnenmarkt lässt auf sich warten.

Der Konsens hat sich längst aufgelöst. Die Organisationen, die in der Ethikkommission vertreten waren, sind zur Vertretung ihrer Einzelsichtweisen und -interessen zurückgekehrt.

Unser Ziel eines breiten Energiemixes und einer Modernisierung unseres Standortes – auch mit neuen Technologien und neuer Infrastruktur - scheint weiter entfernt denn je.

Wir als MIT glauben daran, dass mit einem breiten gesellschaftlichen Konsens das Projekt Energiewende machbar ist und dann auch zu einem Standortvorteil für unser Land werden kann.

Erforderlich hierfür ist ein umfassender gesellschaftlicher Diskurs im Rahmen eines breit angelegten Beteiligungsprozesses – analog zur Ethikkommission - an dessen Ende ein neuer gesellschaftlicher Konsens über die Umsetzung des nationalen Großprojektes Energiewende stehen muss.

Die Beteiligten der Ethikkommission sind hierzu wieder ins Boot zu holen und auch in die Pflicht zu nehmen, nun auch am zweiten Schritt – nämlich der konkreten Umsetzung der Energiewende - mitzuwirken. Nur durch ihre Beteiligung am Großen kann auch Akzeptanz im Kleinen erzeugt werden. Die Politik allein kann den nötigen Konsens nicht erzeugen.

Ein „neuer Konsens Energiewende“ muss Antworten auf die klassischen Fragen Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit geben. Dafür ist ein breiter gesellschaftlicher Diskussionsprozess z. B. mit regionalen öffentlichen Foren und modernen Interaktionsmöglichkeiten nötig.

Man muss sich darauf einigen, zu welchem Beitrag welche gesellschaftlichen Gruppen und welche Regionen bereit sind und auf welchen Widerstand dann auch verzichtet wird. Nur wer sieht, dass alle dazu beitragen, ist auch zum eigenen Beitrag bereit. Nur mit einem solchen neuen Konsens ist das Vertrauen in die Energiewende zurückzugewinnen.